



Für ein soziales Europa

Forderungen des SoVD zur Europawahl 2024



Forderungen des SoVD zur Europawahl 2024



Die vergangenen Jahre waren für die EU eine Herausforderung: Da waren die Energie- und Inflationskrise infolge des russischen Angriffskrieges sowie harte Auseinandersetzungen um die Migrationspolitik und die Rechtsstaatlichkeit in der EU; aber auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind nach wie vor spürbar. Die (Jugend-)Arbeitslosigkeit ist in vielen europäischen Ländern hoch, der europaweite Fachkräftemangel macht Lösungen erforderlich. Der Klimawandel verstärkt soziale Ungleichheiten – und gleichzeitig lösen viele Klimaschutzmaßnahmen bei den Menschen existenzielle Ängste aus, weil sie zu wenig sozial gedacht werden.

Seit den letzten Europawahlen 2019 hat die Europäische Union viele sozialpolitische Initiativen auf den Weg gebracht und die Europäische Säule Sozialer Rechte immer weiter umgesetzt. Ein Beispiel ist die im November 2022 in Kraft getretene EU-Mindestlohnrichtlinie. Geschaffen wurden auch ein EU-Rahmen für die Mindestsicherungssysteme und ein EU-Schwerbehindertenausweis.

Es steht fest, dass die europäischen Länder die Herausforderungen nur gemeinsam bewältigen können. Unsere Vision ist ein soziales, friedliches, solidarisches und demokratisches Europa, in dem alle auch in Krisenzeiten geschlossen Schulter an Schulter zusammenstehen. Deshalb macht sich der SoVD stark für ein Europa, das niemanden zurücklässt.

1. (Junge) EU-Bürger*innen besser beteiligen.
2. EU-Mindeststandards weiter ausbauen.
3. Finanzierung für Soziales sicherstellen.
4. Europäische Steuergerechtigkeit schaffen.
5. Arbeitslosigkeit effektiv bekämpfen und gute Arbeitsbedingungen für alle schaffen.
6. Fachkräfte sichern.
7. Regelaltersgrenze in der Rente nicht an die Lebenserwartung koppeln.
8. Arzneimittelpreise angemessen gestalten und Lieferengpässe verhindern.
9. Inklusion über Grenzen hinweg verwirklichen.
10. Gewalt gegen Frauen verhindern.
11. Klima- und Umweltschutz in der EU sozial gerecht gestalten.
12. Menschenrecht auf Asyl vollumfänglich gewährleisten.

1. (Junge) EU-Bürger*innen besser beteiligen

Bei der Europawahl dürfen erstmals auch Wähler*innen ab 16 Jahren ihre Stimme abgeben. Dies ist ein wichtiger Schritt, um auch junge EU-Bürger*innen besser politisch zu beteiligen. Problematisch bleibt jedoch, dass die EU-Politik für Viele wenig greifbar ist. Für eine starke Demokratie braucht es gute und **niedrigschwellige Beteiligungs- und Mitwirkungs-möglichkeiten**, insbesondere, wenn Gesetzgebung bei den Menschen nur über die nationale Umsetzung ankommt. Daher muss die EU ihre Bürger*innen aktiv miteinbeziehen sowie transparent und verständlich über die politischen Prozesse und Entscheidungen in Brüssel und Straßburg informieren.

2. EU-Mindeststandards weiter ausbauen

Um soziale Ungleichheiten zwischen den EU-Bürger*innen und Mitgliedstaaten langfristig zu überwinden, braucht es insbesondere **EU-weit geltende, verbindliche Mindeststandards bei der sozialen Sicherung**. Sie verhindern auch, dass sich einzelne Mitgliedstaaten mithilfe von Sozialdumping Wettbewerbsvorteile auf Kosten der anderen verschaffen können.

Die Grundlage für die Sozial-Mindeststandards muss die seit 2017 von den EU-Mitgliedstaaten unterzeichnete Europäische Säule Sozialer Rechte sein. Insbesondere die Bereiche Armutsbekämpfung, Zugang zu sozialen Diensten, Zugang zu Grundsicherungsleistungen sowie Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter müssen umfasst sein.

Klar ist allerdings: Die konkrete Ausgestaltung der Sozialpolitik liegt im Zuständigkeitsbereich der Nationalstaaten und muss weiterhin deren Kernkompetenz bleiben. **Eine EU-weite Gleichsetzung der Sozialstandards lehnt der SoVD ab**, weil dadurch bereits existierende soziale Sicherungssysteme in den einzelnen Mitgliedstaaten verschlechtert werden könnten.

3. Finanzierung für Soziales sicherstellen

Solidarität darf nicht an nationalen Grenzen enden. **Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei Wohlstand, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Staatsverschuldung müssen kleiner werden**. Die EU-Strukturfonds sorgen für wirtschaftliche und soziale Verbesserungen (Aufwärtskonvergenz) in strukturschwachen Regionen und wirken wirtschaftlichen Ungleichgewichten und Ungleichverteilungen entgegen.

Insbesondere der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) hat sich bewährt. Dieser fördert zurzeit mit 98,5 Milliarden Euro vielfältige Projekte, die zu besseren Beschäftigungschancen und sozialer Integration in Europa beitragen. Im Jahr 2027 laufen jedoch die Fördermittel aus, und zurzeit ist weder ein Nachfolgemodell noch eine Verlängerung in Aussicht. Der SoVD fordert, dass nach der Europawahl umgehend eine **Verlängerung des ESF+** mit mindestens dem gleichen Finanzierungsvolumen wie 2021–2027 beschlossen wird. Nur so kann die EU die Umsetzung ihrer sozialen Ziele für das Jahr 2030 gewährleisten.

4. Europäische Steuergerechtigkeit schaffen

Es ist nicht hinnehmbar, dass viele Wirtschaftsunternehmen, insbesondere die Digitalkonzerne, ihre Milliarden-Profite in Mitgliedstaaten mit besonders niedrigen Steuersätzen verlagern. Auch wenn die internationale Mindestbesteuerung auf Unternehmensgewinne ein richtiger Schritt ist, muss die EU selbst mehr gegen ruinösen Steuerwettbewerb tun. Der SoVD fordert von den Mitgliedstaaten, dass sie gemeinsam die **Steuerschlupflöcher auf EU-Ebene schließen**. Nur so kann dem haushaltspolitischen Schaden Grenzen gesetzt werden, welchen die ausufernde Steuervermeidung verursacht.

Von den Krisen wie der Corona-Pandemie oder dem Ukraine-Krieg haben einige Wenige wirtschaftlich profitiert, während der Großteil der Gesellschaft unter ihren Folgen leidet. Diese Ungerechtigkeit muss behoben werden, und zwar mithilfe einer **Übergewinnsteuer**.

Außerdem erfordert es eine **EU-Finanztransaktionssteuer**. Sie würde Finanzmarktspekulationen hemmen, welche sich zu einer Bedrohung unseres Bankensystems entwickeln können. Gleichzeitig wären die Einnahmen für soziale Ausgaben verfügbar und würden das Vertrauen in die EU stärken.

5. Arbeitslosigkeit effektiv bekämpfen, gute Arbeitsbedingungen für alle schaffen

Viele Menschen arbeiten in der EU unter unwürdigen sowie prekären Bedingungen und erleiden dadurch erhebliche gesundheitliche Nachteile. **Eine Arbeitswelt mit guten Arbeitsbedingungen und hohen Schutzstandards** muss ein wesentlicher Aspekt bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Dies gilt vor allem auch bei temporären Beschäftigungen in anderen Mitgliedstaaten, zum Beispiel für Erntehelfer*innen.

Krisen beanspruchen die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme stark. Der SoVD befürwortet daher eine **europäische Arbeitslosenrückversicherung**, welche die Systeme in solchen Fällen durch die Gewährung von Krediten stabilisiert. Auf diese Weise können weiterhin Konjunktur-einbrüche abgefedert, steigende Arbeitslosenzahlen verhindert und damit der europäische Binnenmarkt insgesamt gestärkt werden.

Voraussetzung einer EU-Arbeitslosenrückversicherung sind nationale Arbeitslosenversicherungssysteme mit einem ausreichenden Niveau. Dazu erfordert es eine EU-Richtlinie für eine flächendeckende Arbeitslosenversicherung.

6. Fachkräfte sichern

Die Arbeitslosigkeit in den EU-Ländern unterscheidet sich sehr stark. Vor allem Spanien und Griechenland sind nach wie vor von hoher Arbeitslosigkeit betroffen. Gleichzeitig gibt es nicht nur in Deutschland einen wachsenden Arbeits- und Fachkräftebedarf. Die EU-Freizügigkeit, die es allen EU-Bürger*innen ermöglicht, in einem anderen EU-Land ohne Arbeitserlaubnis

selbstständig oder unselbstständig erwerbstätig zu sein, kann Unternehmen und Arbeitsuchende zusammenbringen. Die EU sollte dies stärken und eine europäische Strategie zur **Stärkung der Fachkräftemobilität** aufstellen.

7. Regelaltersgrenze in der Rente nicht an die Lebenserwartung koppeln

Der SoVD setzt sich dafür ein, dass die Ausgestaltung der nationalen Alterssicherungssysteme **originäre Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten** bleibt. Dies betrifft vor allem die Fragen des Renteneintritts, der Höhe des Sicherungsniveaus und der zusätzlichen Altersversorgung. Das soll den in den Mitgliedstaaten historisch gewachsenen, sehr unterschiedlichen Alterssicherungssystemen Rechnung tragen. Gerade die umlagefinanzierte gesetzliche Rente in Deutschland ist an sich ein sehr gutes System, das nicht durch Leistungskürzungen und den Ausbau der Kapitaldeckung geschwächt werden darf.

8. Arzneimittelpreise angemessen gestalten und Lieferengpässe verhindern

Viele Menschen – auch in Deutschland – litten in den letzten Jahren unter Arzneimittel-Knappheit, vor allem bei Blutdruckmitteln, Krebsmedikamenten, Antibiotika sowie Fieber- und Hustensäften für Kinder. Die Beschaffung von Arzneimitteln ist in der EU noch immer regelmäßig dezentral organisiert. Eine enge europäische Zusammenarbeit könnte eine kostengünstigere und vor allem auch besser gesicherte Arzneimittelversorgung erreichen. Der SoVD fordert eine umfassendere **europäische Kooperation bei der Arzneimittelsicherheit und -versorgung**.

Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist ein Menschenrecht. Er muss deshalb in der gesamten EU bezahlbar sein, und zwar ohne überhöhte Preise für Arzneimittel. Deswegen stehen die Mitgliedstaaten in der Pflicht, sich stärker für **Nutzen, Transparenz, Qualität und Bezahlbarkeit bei der Arzneimittelpreisgestaltung** einzusetzen, zum Beispiel durch europaweit einheitliche Erstattungsbeträge.

9. Inklusion über Grenzen hinweg verwirklichen

Menschen mit Behinderungen sollen alle Rechte, die Europa seinen Bürger*innen bietet, gleichberechtigt nutzen können. Dafür müssen die (digitalen) Medien, Mobilität, Arbeit und Beruf sowie alle Güter und Dienstleistungen europaweit barrierefrei sein. Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen müssen flächendeckend innerhalb der EU vorhanden sein, damit auch sie die Vorzüge der Personenfreizügigkeit erleben können. Arbeits- und Bildungsangebote müssen **europaweit inklusiv** ausgestaltet werden, um Menschen mit Behinderungen ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

10. Gewalt gegen Frauen verhindern

Der SoVD begrüßt die EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und von häuslicher Gewalt als einen Schritt in die richtige Richtung. Damit Vergewaltigungen strafrechtlich verfolgbar sind, müssen sie allerdings auch EU-weit als solche anerkannt werden. Deswegen muss in allen Mitgliedstaaten der Grundsatz „**Nur Ja heißt Ja**“ anstatt lediglich „**Nein heißt Nein**“ gelten.

Geschlechtsspezifische Gewalt findet auch im digitalen Bereich statt. Immer mehr Frauen werden Opfer von Cyber-Gewalt und Cyber-Mobbing, mit oft gravierenden Folgen für die psychische Gesundheit. **Cyber-Mobbing und sexuelle Cyber-Gewalt muss stärker bekämpft werden!**

Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung von Frauen sind auch in der EU immer noch weitverbreitet. Die EU muss sich deshalb stärker für die **Umsetzung der Istanbul-Konvention** engagieren.

11. Klima- und Umweltschutz in der EU sozial gerecht gestalten

Eine gleichermaßen ökologische wie soziale Neuausrichtung muss ganz oben auf der politischen Prioritätenliste der EU stehen. Von der Umsetzung des Europäischen Green Deal und des EU-Klimaschutzpaketes müssen alle Bürger*innen profitieren. Daher gilt es, soziale Ungleichheiten abzubauen und soziale Folgen abzufedern; nämlich immer dann, wenn Umwelt- und Klimaschutz mit Mehrkosten für Menschen mit niedrigen Einkommen einhergehen. Außerdem müssen die EU-Mitgliedstaaten ihre Einwohner*innen durch ausreichende EU-Fördermittel gezielt da unterstützen können, wo Benachteiligungen entstehen. Denn **eine ökologische und klimaeffiziente Lebensweise müssen sich alle EU-Bürger*innen leisten können.**

12. Menschenrecht auf Asyl vollumfänglich gewährleisten

Millionen Menschen auf dieser Welt sind auf der Flucht vor Krieg und Gewalt. Europa darf nicht wegschauen und muss das Menschenrecht auf Asyl vollumfänglich gewährleisten. Damit der Kontinent diese Herausforderung solidarisch meistern kann, müssen die Mitgliedstaaten zusammenhalten. Zum einen bedarf es eine **faire Verteilung von geflüchteten Menschen innerhalb der EU**. Zum anderen muss die EU die **Integration der Geflüchteten stärker fördern**, insbesondere beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Außerdem muss die EU sich stärker für die **Bekämpfung von Fluchtursachen einsetzen**, damit weniger Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.

Impressum

Sozialverband Deutschland e. V.
Stralauer Straße 63
10179 Berlin
Tel. 030 72 62 22-0
Fax 030 72 62 22-311
kontakt@sovd.de
www.sovd.de
www.sovd.de/mitgliedsantrag

Verfasser*innen

Anna John, Quentin Mönnich,
Abteilung Sozialpolitik

Bildnachweise

Titel: Unter Verwendung von
© pexels-efrem-efre

Gestaltung

Matthias Herrndorff

Lektorat

Eva Lebenheim

Stand

März 2024

© Sozialverband Deutschland e. V. 2024

 **SoVD.Bund**

 **@SoVD_Bund**

 **sovd_bund**

App „SoVD digital“